

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 20. November 2024

Martin Habersaat

Finanzbildung für Selbstbestimmung und Chancengerechtigkeit

TOP 26: Finanzielle Bildung für bessere Chancen (20/2669, ÄndA 20/2689)

"Wer bei den Eltern auszieht oder in der Arbeitswelt durchstartet, steht schnell vor den ersten bedeutsamen finanziellen Entscheidungen.

Wie schaffe ich es, Einnahmen und Ausgaben im Blick zu behalten, damit sie in der Waage bleiben?

Unter welchen Bedingungen kann ein Kredit sinnvoll sein und welche Konditionen sind fair?

Was ist eine Bürgschaft?

Welche Versicherungen sollte ich in welcher Lebensphase abschließen?

Für Schülerinnen und Schüler in Gesprächen erstaunlicherweise immer besonders wichtig: Wie sieht eine Steuererklärung aus und was muss ich dafür wissen?

Welche Strategien für die Altersvorsorge gibt es?

Und ja, auch die Frage nach der optimalen Geldanlage, nach Diversifikation und Risikomanagement sollte gestellt werden. Und hier sollte dann auch das Thema Aktienkultur in seinen verschiedenen Facetten besprochen werden, wo Manfred Krug und die Deutsche Telekom im bundesdeutschen Bewusstsein viel Schaden angerichtet haben.

Das sind alles Themen, die aus unserer Sicht bearbeitet sein sollten, wenn wir junge Menschen aus der Schule ins Leben entlassen, um Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Da geht es um Chancengerechtigkeit, um selbstständiges demokratisches Denken und damit auch um sozialdemokratische Kernanliegen. Der Umgang mit Geld wird in den Familien stark unterschiedlich vermittelt und ist deshalb ein Thema, das als Aufgabe für die Schulen ansteht.

Finanzbildung scheint mir letztlich kein Thema zu sein, bei dem irgendjemand dagegen sein könnte. Wir unterstützen deshalb das Anliegen der FDP, die Bemühungen zur Etablierung einer Finanzbildungsstrategie auf Bundesebene durch eigene Bemühungen auf Landesebene zu unterstützen. Umso mehr, da die Fortschritte auf Bundesebene jetzt zunächst ein wenig ins Stocken geraten sein könnten.

Viele Aspekte finden sich bereits heute in den Rahmenplänen oder wären jedenfalls heute schon möglich. Im Themenfeld „Wirtschaft betrifft uns“ beispielsweise soll es laut Rahmenplan unter

anderem um wirtschaftliches Handeln, Einnahmen und Ausgaben, Geschäftsfähigkeit, Kaufverträge, Sparen und Verschuldung gehen.

Beim Thema Einnahmen und Ausgaben kann ich mir den Hinweis nicht verkneifen, dass Daniel Günther von seinem Vorgänger Torsten Albig 2017 eine rückwärts laufende Schuldenuhr übernommen hat.

Die meisten der oben angesprochenen Themen dürften WiPo-Lehrkräften, und eigentlich auch vielen anderen Lehrkräften, geläufig sein. Wo das nicht der Fall ist, sollte es entsprechende Fortbildungsangebote geben. In vielen Bundesländern wird an zentraler Stelle Material erarbeitet. Die Verbraucherzentralen liefern eine Übersicht über Vorhandenes. Mir bekannt ist beispielsweise der Hamburger Verein „Invest it!“. Einer der Mitbegründer ist Victor Neumann, ein Juso aus Reinbek. Dessen Engagement wurde unter anderem motiviert durch den Umstand, dass in den USA „Personal Finance“ selbstverständlicher Teil der Lehrpläne ist.

Einen Änderungswunsch hätten wir, was den FDP-Antrag angeht:

Zur Frage der abzuschließenden Versicherungen kann es unterschiedliche Auffassungen geben, möglicherweise abhängig davon, ob man am Verkauf von Versicherungen Geld verdient oder nicht. Und auch zur Abwägung „Konto überziehen“ oder „Kredit aufnehmen“ kann es unterschiedliche Auffassungen geben, jedenfalls fließen stark unterschiedliche Zinssätze an den Kreditgeber. Die Verbraucherzentralen sprechen hier von blinden Flecken in manchen Unterrichtsangeboten. 2017 warnte der Verbraucherzentrale Bundesverband, dass „der Grat zwischen gesellschaftlichem Engagement und Werbung in der Schule [...] schmal“ sei.

Wir finden es richtig und wichtig, externe Expertise an die Schulen zu lassen. Wir sagen aber auch: Wir wollen nicht als Landtag pauschal beschließen, dass Bankberater und Finfluencer aller Couleur jetzt mit unserem Segen an die Schulen ausschwärmen dürfen. Das kann man machen, wenn gesichert ist, dass die entsprechende Einordnung des Vortrags gewährleistet werden kann. Oder man kann sich um unabhängige Expertise bemühen. Deshalb unser Änderungsantrag, zu dem ich um Zustimmung bitte, um dann hoffentlich mit großer Mehrheit dieses sinnvolle Vorhaben für Selbstbestimmung und Chancengerechtigkeit zu beschließen."